

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit Illustr. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einchl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.—Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206. **Verkaufspreis:** Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 **Telegraphen-Adresse:** Volkszeitung Leipzig **Telefon** 72206. — **Verlag in Leipzig:** Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon** 72206

Inseratenpreise: Die 10gepalt. Kolonelle 35 Pfg., bei Vorkaufsschrift 40 Pfg. **Stellenangebote** 10gep. Kolonelle 25 Pfg. **Familiennachrichten** von Privaten die 10gep. Kolonelle mit 50% Nachl. **Reklamesp. 2 Mk.** **Inserate v. ausm.:** die 10gep. Kolonelle 40 Pfg. bei Vorkaufsschrift 50 Pfg. **Reklamesp. 2.25 Mk.**

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Postämter entgegen

Attentat im Gerichtssaal

Ein Mörder erschossen

SPD Prag, 30. November.

Am Freitag kam es im Prager Landgericht bei der Schwurgerichtsverhandlung gegen den 23jährigen Albaner Miciabades Bebi, der im Oktober 1927 in einem Prager Kaffeehaus den damals eben ernannten albanischen Gesandten Cena Beg erschossen hat, zu einem Aufsehen erregenden Revolverattentat, dem der Angeklagte zum Opfer fiel, während ein italienischer Journalist durch einen abgeirrten Schuss schwer verletzt wurde.

Die Verhandlung gegen Bebi begann morgens um 9 Uhr. Der Angeklagte erklärte, Cena Beg, der zur jugoslawisch feindlichen Partei gehörte, im Auftrag eines politischen Komitees, das er nicht näher bezeichnen dürfe, erschossen zu haben. Er sei in Belgrad dazu ausgelöst, mit Geld und Waffen versehen worden und Cena Beg nach Wien und Prag nachgereist. Hätte er den Mord nicht ausgeführt, so wäre er selbst dem Tode verfallen gewesen. Als dann der Vorsitzende die Verhandlung kurze Zeit unterbrechen wollte, sprang plötzlich aus dem Zuschauerraum ein Mann über den Journalisten und über die Zeugenbänke hinweg und feuerte gegen den Angeklagten, der mit dem Dolmetscher sprach, in rascher Folge sieben Schüsse ab. Einige trafen den Angeklagten direkt in den Kopf, so daß er sofort tot zusammenbrach. Ein Schuß traf, ob absichtlich oder zufällig, sich noch nicht festgestellt, den italienischen Journalisten Becho, der eine schwere Lungenverletzung erlitt.

Im Gerichtssaal entstand eine Panik. Das Publikum verstreute sich während der Schießerei unter den Bänken oder flüchtete schreiend aus dem Saal. Auch der Geschworenen bemächtigte sich eine große Aufregung, wobei sich einer einen Fall den Arm brach, während zwei weibliche Geschworene ohnmächtig wurden. Inzwischen hatten sich ein Gefängniswärter und Detektive des Attentäters bemächtigt, zu dessen Füßen Bebi in einer großen Blutlache lag. Die anwesenden Gerichtsärzte bemühten sich

um den Italiener und legten ihm einen Notverband an. Der Vorsitzende des Gerichtshofes ließ sofort alle Zugänge des Gerichtsgebäudes absperren.

Sollte der Mörder schweigen?

SPD Berlin, 1. Dezember.

Der Attentäter aus dem Prager Schwurgerichtssaal, der sich zunächst weigerte, seinen Namen zu nennen, wurde auf Grund seiner Personalausweise als der 1901 im Dorfe Kossowo bei Tirana geborene Ziga Buciterna festgestellt, der ein Diener des albanischen Hauptmanns Cena Beg, des Bruders des ermordeten Gesandten, ist. Er machte den Eindruck ziemlich niedergeschlagener und verwirrter.

Die Beweggründe und Hintermänner des Albaners, der den Mörder des albanischen Gesandten tötete, während dieser Mörder vor einem europäischen Gericht stand, sind noch nicht bekannt. Der Angeklagte hatte erst in der Hauptverhandlung auf einbringliche Fragen des Vorsitzenden zugegeben, im Auftrag eines Flüchtlingskomitees und unter Todesdrohung für Verrat gehandelt zu haben. Man könnte danach annehmen, daß er wegen dieser Aussage, also wegen des begangenen Betrugs — weiter war er in seinen Angaben nicht gegangen — erschossen worden ist. Der Umstand jedoch, daß der Täter Diener eines albanischen Hauptmanns, nämlich des Bruders des ermordeten Gesandten, ist, läßt ebenfals die Vermutung zu, daß Bebi der Rache von Anhängern des albanischen Diktators Zogu zum Opfer gefallen ist. Der ermordete Gesandte Cena Beg war Zogus Bruder. Von einer Anstiftung der albanischen Justizbehörde zur Erschließung des Angeklagten mögen die Machthaber in Tirana noch mehr befürchtet haben, als etwa nur die Freisprechung Bebis. Die Freisprechung von Räubern getuschelter Wälder im Ausland ist nicht selten vorgekommen, und es erscheint durchaus möglich, daß die albanische Reaktion nicht nur ihrer Rache an Bebi sicher sein wollte, sondern mit gleicher Inbrunst dahin gezielte, ihn stumm zu machen, um den Prozeß in dem europäischen Prag reich zu beenden; ehe das Heer der Gemarteten an der Zeugenbarriere aufmarschiert ist.

Die Eisenarbeiter haben das Wort

Im Severing-Aktion und Große Koalition

Berlin, 30. November.

Vor Wochenfrist hing die Entscheidung über die Große Koalition am Panzerkreuzer, vor der Erledigung dieser Frage wurden alle Verhandlungen für gegenstandslos erklärt. Dann kam am Dienstag die Besprechung der Fraktionsführer und am Ende der Woche spricht niemand mehr vom Untermauerungsprinzip. Der Eisenkonflikt beherrscht die Situation, denn vor Erledigung des Machtkampfes an Rhein und Ruhr verbietet sich jede weitere Fühlungnahme über die Große Koalition ganz von selbst.

Wie schon berichtet, wurde Genosse Severing vom Kabinett als oberster Schiedsrichter bestellt. Ihm fällt jetzt die Aufgabe zu, eine Entscheidung herbeizuführen, der sich beide Parteien unterwerfen sollen. Und das bedingungslos. Am Freitagvormittag weilten die Eisenherren in Berlin. Sie haben dem Vorschlag der Regierung zugestimmt. „Kapitulation der Industrie“, so schrieb am Abend die Deutsche Tageszeitung in die Welt hinaus. Die Woffin schrieb bereits am Nachmittag: „Die Industriellen unterwerfen sich.“ Damit war die Richtung aufgezeichnet, in der die Aktion zur Beeinflussung der Öffentlichkeit im Eisenkampf ihren Fortgang nehmen soll.

Die Unternehmer „unterwerfen“ sich, wie entscheiden sich die Metallarbeiter? Damit soll die öffentliche Meinung gewonnen und der Druck auf die Gewerkschaften gelindert werden. Werden sie der Regierung „in den Rücken fallen“, werden sie den „Metallarbeiter“ Severing als obersten Schiedsrichter anerkennen, der lange Zeit, während der schlimmsten Zeiten, im Eisengebiet gewirkt und gehandelt hat? Und dies, nachdem sich die Unternehmer „unterworfen“ haben? Daß sich die Montanherzöge dazu entschlossen haben, ohne über den Inhalt der geplanten Entscheidung unterrichtet zu sein, wird niemand behaupten wollen. Der letzte vom Oberpräsidenten Bergemann geplante Vermittlungsversuch hatte die äußersten Grenzen des für die Gewerkschaften Tragbaren längst erreicht. Aber die Gewerkschaften hatten zugestimmt, denn an dem materiellen Inhalt des geschlichtet zustande gekommenen Schiedsspruches war nichts geändert worden. Und darum geht der Machtkampf, den die Unternehmer zielbewußt herausbeschworen haben. Ginge es also nur um die Anerkennung des umstrittenen Spruches des rheinischen Schlichters, dann wäre die Severing-Aktion gegenstandslos. Ein solches Ergebnis wäre durch das letzte Kompromiß Bergemanns schneller und billiger zu haben gewesen. Also müssen die Eisenarbeiter Daare lassen, sofern sie sich der Entscheidung unterwerfen, die von Severing getroffen werden soll.

Die Unternehmer hatten es demzufolge nicht allzu schwer, ihre „Unterwerfung“ auszusprechen. Sie dürften kaum die Verlierer sein. Daß es Genosse Severing übernommen hat, eine derartige Aktion durchzuführen, zeugt zwar von dem Mute zur Unpopularität, an den Folgen dieser Handlung freilich wird er schwer zu tragen haben. Die kämpfenden Metallarbeiter, seine einstigen Kollegen, aber bringt er in eine geradezu tragische Situation.

Gegen 3 Uhr nachmittags begannen die Verhandlungen mit den Führern der Eisenarbeiter. Länger als drei Stunden lang wurden sie unter Druck gesetzt, aber sie blieben unweigerlich fest, sie beharrten auf der Anerkennung des Spruches, um den der Kampf bereits einen Monat lang geführt worden ist. Sie waren sich der Verantwortung voll bewußt, in die sie durch den Schritt der Regierung gebracht worden sind, denn schließt diese Aktion, dann dürfte eine Verständigung bis zur Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts kaum noch möglich sein und jeder gezielte Eingriff scheitert an dem Widerspruch der Deutschen Volkspartei und an der Demagogie des Zentrums. Was geschieht, wenn die Betriebe geöffnet werden? Sechzig Prozent der Belegschaften sind unorganisiert, und gerade auf diese Schichten treffen die Märchen der Unternehmerpresse über die hohen Unterstufungen am allerwenigsten zu.

Das waren die Erwägungen der Metallarbeiter, die zu den Verhandlungen zum Reichskanzler gingen und sie haben ihm keine Zusage gemacht. Sie glaubten die Verantwortung für eine derartige Entscheidung nicht übernehmen zu können. Die Beantwortung dieser Schicksalsfrage wurde in die Hände der Kämpfenden selbst gelegt, und die Funktionäre der Metallarbeiter werden am Sonntag auf den Revierkonferenzen selbst zu entscheiden haben, ob sie sich dem Spruche Severings zu folgen entschließen können, und erst am Sonntagabend wird der weitere Ablauf der Situation einigermaßen zu überblicken sein. Aber die Metallarbeiter entscheiden nicht nur über ihren Arbeitskampf, ihre Abstimmungen werden von weittragender politischer Bedeutung sein. Entscheiden sie sich gegen den Vorschlag des Kabinetts, dann bleiben alle weiteren Verhandlungen über die Untermauerung der Regierung zum mindesten auf Wochen hinaus gegenstandslos. Dann verschärfen sich die Kämpfe um die Ruhrunterstützungen und der Zerfall des Kabinetts würde in den Bereich der Wahrscheinlichkeit gerückt. Die Regierung der Köpfe fielen dann durch einen Machtbruch, der außerhalb des Parlaments, durch die Vertreter des Metallarbeiterverbandes, gefällt werden würde. Dann würde eine Entscheidung herbeigeführt, die zum mindesten durch die

Präsidentenwechsel in Mexiko

SPD Mexiko, 1. Dezember.

Die Regierungsbürokratie durch Calles an Porfirio Gil, dem provisorischen Präsidenten, ist im Besitz sämtlicher Militär- und Zivilbehörden im Nationalpalast vor 40 000 Zuschauern vollzogen worden. Der neue Präsident untertritt in Regierungsprogramm die letzte Absicht, den von Calles und Obregon vorgezeichneten Richtlinien zu folgen.

Der neue Präsident von Mexiko ist 37 Jahre alt. Er hat seit her mit dem ermordeten Obregon und Calles zusammengewirkt und 1923 in der Kammer die Wahl Calles' durchgesetzt. Porfirio Gil ist im Jahre 1923 von Calles, der damals Gouverneur von Sonora war, an den obersten Gerichtshof dieses Staats berufen worden. Nach der Ermordung Obregons ist er Gouverneur des Petroleumsstaates Tamaulipas geworden.

Der neue provisorische Präsident von Mexiko ist ein Freund der Landwirtschaft und es wird gesagt, daß 27 000 gut organisierte und bewaffnete Bauern hinter ihm ständen. Er gilt als Gegner des reaktionären Flügels der Militärpartei. Als leitender Minister im Kabinett Calles hat er den ländlichen Großbesitz scharf angefaßt und zugunsten der mittleren Bauern umfangreiche Landenteignungen vorgenommen. Auch das Bildungswesen hat er in steigendem Maße gefördert, indem er das Niveau der Volksschulen hob und industrielle und gewerbliche Fortbildungsschulen errichtete.

Ausführung des Kellogg-Pakts

III London, 1. Dezember.

Der stellvertretende amerikanische Marineminister Robbins spricht sich in dem am Freitag veröffentlichten Jahresbericht für die Einsetzung eines Landesverteidigungsapparates aus, dem die Aufgabe gestellt werden soll, das Land gegen Angriffe irgendeines Feindes oder einer Koalition von Feinden zu beschützen. Robbins schlägt vor, daß Pläne für eine industrielle Mobilisierung des Landes in Kriegszeiten ausgearbeitet werden sollten, ähnlich der Mobilisierung der Armeen, und spricht sich gleichzeitig für die Bereitstellung größerer Mengen von Kriegsmaterialien, und der wichtigsten Rohprodukte aus.

Die Angst vor Spionen

Auffsehen erregende Verhaftungen

SPD Darmstadt, 1. Dezember. (Radio.)

Durch die französische Besatzungsbehörde in Mainz sind fünf Arbeiter und zwei Beamte des Reichsvermögensamts in Mainz wegen Spionage und Gefährdung der Sicherheit der französischen

Truppen verhaftet worden. Die Verhaftung hat großes Aufsehen erregt. Drei der Verhafteten sind bereits wieder freigelassen worden. Die Hinzuziehung deutscher Behördenvertreter zu den Verhandlungen zwecks rascher Klärung des Falles wurde verweigert. Die Franzosen haben auch die Rechtsbestände der Verhafteten ferngehalten. Nicht einmal ein Vertreter des Roten Kreuzes wurde zugelassen. Die Verhafteten sind von der Außenwelt regelrecht abgeschnitten. Die Vermutung, daß es sich um eine vorübergehende Repressalie für den deutschen Westflugzeugprozeß in Ludwigshafen handele, hat wenig Wahrscheinlichkeit.

Wie weiter berichtet wird, wurde am Freitag in Mainz ferner noch ein gewisser Frisch aus Frankfurt a. M. als angeblicher deutscher Spionageagent durch französische Kriminalbeamte verhaftet.

Bauernrevolte in Schleswig-Holstein

Landbündler heken zu Gewalttätigkeiten

SPD Berlin, 1. Dezember. (Radio.)

In den letzten Tagen ist es in Schleswig-Holstein infolge rechtsradikaler Agitation zu Ausschreitungen auf dem Lande gekommen. Steuer- und Vollstreckungsbeamte wurden vielfach überfallen und verprügelt. Den Polizeikommandos verpörrte man die Straßen durch gefällte Bäume. In einem Falle zündete die erregte Bauernschaft beim Herannahen des Fahndungskommandos sogar die Gehäule an den Seiten der Straße an, so daß das Kommando kilometerweit durch Qualm und Rauch fahren mußte. In einer Bauernversammlung, in der mehrere Land- und s. f. h. r. e. sprachen, wurde aufgefodert, die Bauern mühten sich bewaffnen und mit Flinten und Sengabeln gegen die Finanzämter marschieren.

Die Justiz verhaftet

III Gütrow, 30. November.

Der Vorsitzende des Landbundes für Mecklenburg-Schwerin Dr. Wendhausen hatte sich in mehrstündiger Sitzung der Strafkammer erklärt wegen Aufforderung zum Steuerstreik zu verantworten. Dr. Wendhausen wurde zur Haft gelegt; in mehreren Landwirteversammlungen dazu aufgereizt zu haben; keine Zahlungen an die öffentliche Hand mehr zu leisten. Der Staatsanwalt beantragte 900 Mark Geldstrafe. In Bestätigung des erstinstanzlichen Urteils kam das Berufungsgericht zu einem Freispruch.

Den auffaßend milden Strafen gegen die Führer im Agrarier Landfriedensbruchprozeß sind nun die freisprechenden Urteile gegen die Landbündler, die in Schlesien und Mecklenburg die Bauern aufreizten, gefolgt. Wunderbar man sich angesichts dieser Einstellung der Gerichte, wenn die Landbündler die Hege immer toller treiben und der offene Aufbruch schließlich die Folge ist?